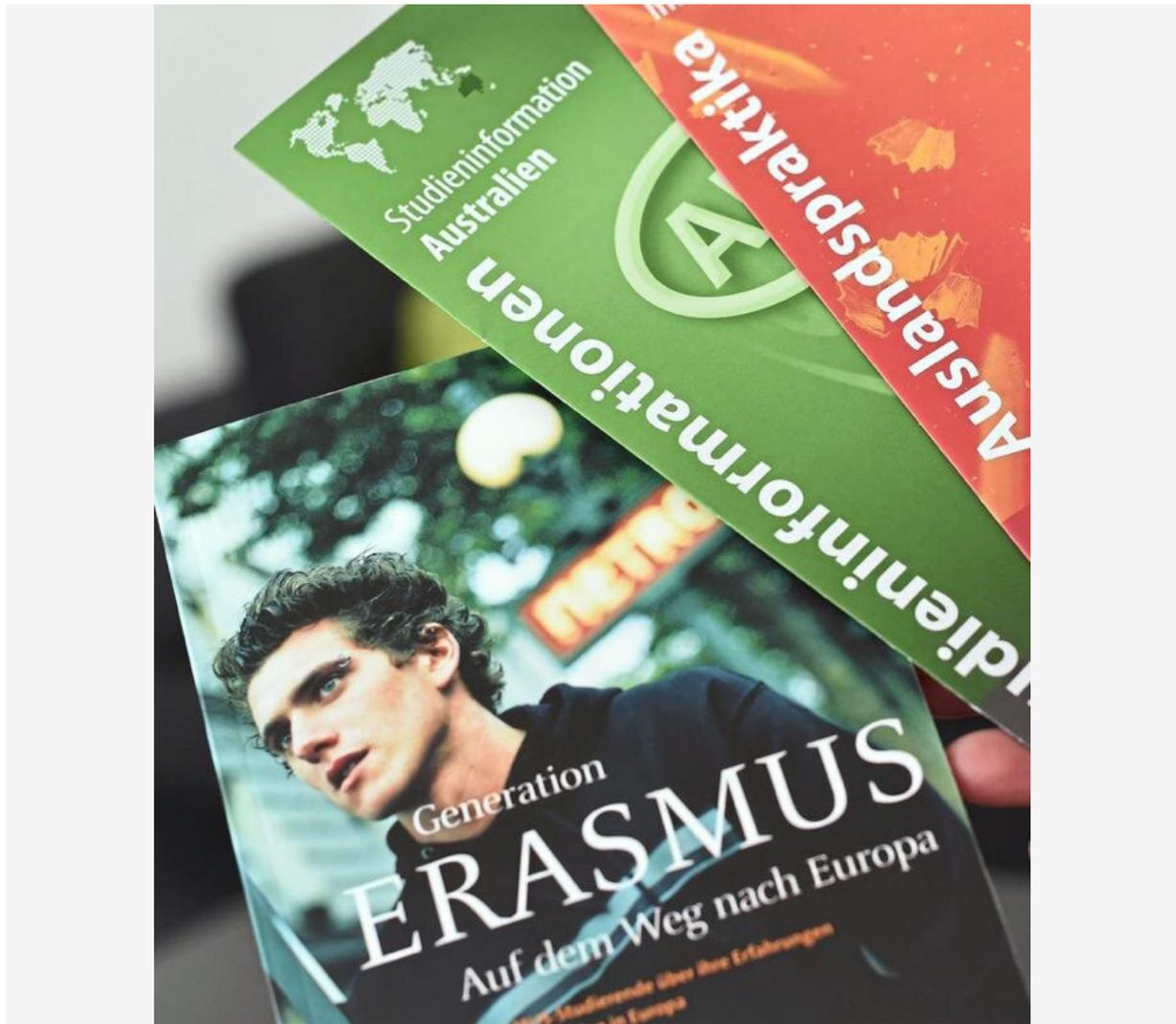


Bildung im Ausland

FDP will „nachsteuern“

Brigitte J. Henkel-Waidhofer



Erasmus ist ein Austausch- und Bildungsprogramm der EU. Foto: Jens Kalaene/dpa

Stuttgart. Noch bis Ende Juli können sich Azubis bei der IHK Karlsruhe bewerben, die

ein Auslandspraktikum in Irland, Griechenland, Schweden oder auf Malta machen möchten. Die IHK Stuttgart ermöglichte im Frühjahr angehenden Denkmalschützern, sich an einer Museumsrestauration im italienischen Volterra zu beteiligen. Vielfältige Austauschprogramme nicht nur für Studierende oder Doktoranden werden von der EU bezuschusst. Baden-Württemberg engagiert sich unter anderem auch im Donaauraum für Kooperationen in der beruflichen Bildung. Die gehen nach Einschätzung der Südwest-Liberalen aber nicht weit genug. „Angesichts leerer Ausbildungsplätze und eines eklatanten Fachkräftemangels müssen wir hier nachsteuern“, verlangt die Ettlinger FDP-Landtagsabgeordnete Alena Fink-Trauschel.

Unterkunft sowie An- und Abreise werden bezahlt, außerdem alle notwendigen Versicherungen und einwöchige Einführungen inklusive Sprachunterricht. Viele Absolventen sind ebenso wie ihre Arbeitgeber im Handwerk, in Familienunternehmen und dem Mittelstand sehr angetan von den Möglichkeiten, international Erfahrung zu sammeln. „Die Zeit ist wie im Flug vergangen“, sagt Niklas, ein angehender Kaufmann für Büromanagement in einer Info-Broschüre des baden-württembergischen Wirtschaftsministeriums.

„Deshalb muss auch für Azubis der längere Aufenthalt möglich werden“, verlangt Marc Juric, FDP-Europakandidat aus dem Rems-Murr-Kreis. Außerdem plädiert er für eine Ausweitung der Zielländer und den einfacheren Zugang. So könnten sich Auszubildende nicht selbst bewerben, „Studenten aber schon“. Wer die Attraktivität der dualen und schulischen Berufsausbildung steigern wolle, müsse gleiche Möglichkeiten wie im Hochschulbereich schaffen.

Mit „Go.for.europe“ wirbt Baden-Württemberg bisher vor allem für den Austausch mit Irland, Spanien, Italien, Ungarn, Österreich, Tschechien, England, dem Baltikum und Skandinavien. Bisher ermöglicht „Erasmus+“ im Berufsbildungsbereich in der Regel ein Praktikum. Mitfinanziert werden auch Programme für Jungunternehmer mit dem Ziel, den Austausch gerade vor und rund um erfolgreiche Existenzgründungen zu fördern. Baden-Württemberg International, die Standortförderungsagentur des Landes, vermittelt Interessierte. Der für die Europapolitik zuständige Staatssekretär Florian Hassler (Grüne) verweist zudem auf bestehende Programme rund um die bereits seit 1988 bestehende Kooperation der „Vier Motoren Europas“ mit der Lombardei, Katalonien

und Rhône-Alpes. Und insbesondere auf die von der EU mitfinanzierte Donaauraumstrategie des Landes, in deren Rahmen ebenfalls Praktika angeboten werden.

Für die laufende Finanzierungsperiode bis 2027 stellt die Europäische Union insgesamt 26 Milliarden Euro zur Verfügung, von denen nach den Zahlen aus Brüssel aber bisher überwiegend Studierende oder Doktoranden profitieren, weil die bis zu zwölf Monaten finanziell unterstützt werden. Außerdem, so Fink-Trauschel, seien Anrechnungen und viele Partnerschaften etabliert, „was den Austausch problemlos gestaltet“. Ähnliche Mechanismen müssten für Azubis und für Handwerker entwickelt werden, denn es gebe mit dem Bachelor Professional auf Fachwirts- und Meisterebene sowie dem Master Professional auf Betriebswirtsebene sogar gemeinsame Berufsbezeichnungen. Das müsse aber EU-weit stärker beworben und die entsprechenden Niveaustufen nach Europäischem Qualifikationsrahmen in Zeugnissen vermerkt werden.